SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

# Grenzräume in Deutschland: grenzüberschreitende Entwicklung und grenzübergreifende Kooperation

Jurczek, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

**Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**
Jurczek, P. (2009). Grenzräume in Deutschland: grenzüberschreitende Entwicklung und grenzübergreifende Kooperation. *Europa Regional*, *14.2006*(2), 50--0. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48074-8

**Nutzungsbedingungen:**
*Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.*
*Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.*

**Terms of use:**
*This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.*
*By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.*

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

# Grenzräume in Deutschland
# Grenzüberschreitende Entwicklung und grenzübergreifende Kooperation

PETER JURCZEK

Seit der politischen Wende hat der Integrationsprozess in Europa einen erheblichen Aufschwung erfahren. Davon sind insbesondere auch die Grenzregionen an der Nahtstelle zwischen den Staaten des vormaligen Ostblocks und den westlichen Ländern betroffen.

Diese gehörten bis dahin zu den unterdurchschnittlich entwickelten Gebieten mit zahlreichen Problemen in verschiedenen Bereichen (Wirtschaft, Verkehr, Bildung usw.). Obwohl die grenzübergreifende Zusammenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland – mit den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und Frankreich – bereits vor rund 50 Jahren in Folge der EG-Gründung eingesetzt hat, gelang es erst in der Nachwendezeit, flächendeckend Euroregionen einzurichten. Seitdem steht die konzeptionelle Auseinandersetzung mit den Grenzräumen Europas und speziell Deutschlands sowohl in der Praxis als auch in der Wissenschaft im Vordergrund des Interesses.

Dabei gehört die Erforschung von Grenzen und Grenzräumen zu den klassischen Themen der Geographie. Sie bildet einen festen Bestandteil der Politischen Geographie, die eine eigenständige Teildisziplin darstellt. Was die wissenschaftlichen Akteure betrifft, so kommt die Aktualität dieser Thematik nicht zuletzt auch dadurch zum Ausdruck, dass sich zahlreiche Universitäten und Forschungseinrichtungen mit derartigen Fragestellungen beschäftigen. Daran beteiligen sich außer den Hochschulgeographen noch weitere Wissenschaftler anderer Disziplinen (z.B. Historiker, Soziologen, Psychologen, Juristen, Raumplaner, Politik-, Wirtschafts-, Kulturwissenschaftler). Waren es in den 1970er Jahren vorrangig die an der deutschen Westgrenze gelegenen Hochschulen, die Grenzraumforschung betrieben haben, so sind es seit der politischen Wende vor allem auch diejenigen an der deutschen Ostgrenze; ergänzt durch interdisziplinär ausgestattete Forschungseinrichtungen wie beispielsweise die Leibniz-Institute für ökologische Raumentwicklung e.V. in Dresden, für Länderkunde e.V. in Leipzig sowie für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner.

Gleichermaßen groß ist die Resonanz der in allen EU-Staaten ausgewiesenen Grenzräume in der Praxis, deren Fläche und Einwohnerzahl mittlerweile beachtliche Ausmaße angenommen haben (Abb. 1). Angesichts der stetig gestiegenen Bedeutung der Grenzräume ist im Jahr 1971 die „Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen" als eingetragener Verein gegründet worden (ARBEITSGEMEINSCHAFT EUROPÄISCHER GRENZREGIONEN 1996). Diese versteht sich als Interessensverband der Euroregionen und vertritt deren Forderungen vor allem auch gegenüber der Europäischen Union. In diesem Zusammenhang kann die Gewährung von Fördergeldern im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG als großer Erfolg gewertet werden. Dadurch wird es Projektträgern in den Grenzregionen ermöglicht, relevante grenzübergreifende Vorhaben in den verschiedensten Bereichen (z.B. Verkehr, Wirtschaft, Kultur, Bildung, Soziales, Ökologie) zu realisieren, deren Kosten von der Europäischen Kommission bezuschusst werden.

Da diese Einführung in die Thematik einen gewissen Überblickscharakter beinhalten soll, wird zunächst einmal in aller Kürze auf die Entwicklung der Grenzraumforschung in Deutschland eingegangen. Weiterhin erfolgt eine allgemeine Darstellung der Entstehung

*Abb. 1: Grenzregionen in der erweiterten Europäischen Union*
Quelle: Europäische Gemeinschaften 2003: Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltige Entwicklung und Zusammenhalt in Europa – Von Lissabon nach Göteborg; eigene Bearbeitung

grenzüberschreitender Regionen in Mitteleuropa unter besonderer Berücksichtigung der Bundesrepublik, die durch die Einbeziehung ausgewählter deutschsprachiger Publikationen ergänzt wird (Sekundäranalyse). Daran schließen sich Ausführungen zu den Grundlagen der Zusammenarbeit an der deutschen Ostgrenze seit 1990 an, was großteils auf der Basis eigener empirischer Erhebungen (Primäranalyse) geschieht. Ein problembewusstes Fazit und ein handlungsorientierter Ausblick runden diesen Beitrag ab.

## Entwicklung der Grenzraumforschung in Deutschland

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren es überwiegend die natürlichen Grenzen, die im Vordergrund des fachlichen Interesses standen. In den darauf folgenden Jahrzehnten erfuhr die geographische Erforschung von Grenzen, die Gebiete unterschiedlicher politischer, wirtschaftlicher, kirchlicher usw. Zugehörigkeit umschließen, einen erheblichen Aufschwung. Zum einen ist von Seiten der Fachwissenschaft der prioritäre Stellenwert des Menschen in seinen räumlichen Aktivitäten – hier in Bezug auf Grenzgebiete – eingebracht worden. Auf der politischen Ebene kristallisierte sich zum anderen insbesondere im Dritten Reich die Idee heraus, sich intensiver mit geopolitischen Fragestellungen auseinander zu setzen. Daraus resultierte schließlich während der Nazizeit das vermessene Ziel, eine sukzessive Erweiterung des damaligen Territoriums vornehmen zu wollen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Politische Geographie und somit auch die Grenzraumforschung in Deutschland insbesondere angesichts ihres Missbrauchs in den 1930er/1940er Jahren zunächst einmal wenig populär. Abgesehen von einigen wenigen Fallstudien erfuhr diese Schwerpunktsetzung erst wieder in den 1970er Jahren einen gewissen Aufschwung. Dies ist vor allem auf einen entsprechenden Bedarf der Praxis (Gebietsreformen), der spezifischen politischen Verhältnisse in Europa (zwei Machtblöcke) und einschlägiger Forschungstätigkeiten insbesondere im US-amerikanischen Grenzraum zu Mexiko (z.B. an Universitäten in Südkalifornien und Texas) zurückzuführen. Außerdem ist festzuhalten, dass sich der Forschungsschwerpunkt der Politischen Geographie im Nachkriegsdeutschland verschoben hat: „... von den Kriterien der Grenzziehung hin zu den Funktionen, die Grenzen ausüben“ (Strüver 2002, S. 72).

1981 ist in der Bundesrepublik das Lehrbuch „Politische Geographie“ von Ante erschienen, das sich mit „Grenzsäumen und Grenzen“ sowie speziell mit der „politischen Grenze“ (allgemeine Charakterisierung, Staatsgrenze, Typisierung von Grenzen, Funktionen und Wirkungen der Grenze sowie innere Grenzen) auseinander setzt. Zu jener Zeit gehörte die Unterscheidung zwischen offenen, halboffenen und geschlossenen Grenzen sowie deren Anwendung (z.B. auf das geteilte Deutschland) mit zu den grundlegendsten Fragestellungen. Demgegenüber sind etwa Ende der 1990er Jahre vor allem aktuelle politische Konflikte in den Vordergrund der Betrachtungsweise dieser geographischen Teildisziplin getreten, die seitdem sowohl aus einer theoretischen (konfliktorientierten) als auch einer angewandten Perspektive (im globalen Maßstab) thematisiert werden (Reuber u. Wolkersdorfer 2005).

Was die Grenzraumforschung im engeren Sinne betrifft, so ist außerdem der Beitrag von Boesler (1983) mit der Überschrift „Grenzen“ zu nennen, in dem er auch auf die Struktur und Entwicklung von Grenzräumen eingeht. Dabei bezieht er sich u.a. auf die Ausführungen von Prescott (1975, S. 71), die wie folgt lauten: „... jede Grenze und jeder Grenzsaum (können) den Raum, dessen Teile sie sind, sowie Entwicklung und politisches Handeln der durch sie getrennten Staaten beeinflussen“. In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass die wissenschaftliche Betrachtung von Staatsgrenzen und der sich daran anschließenden Räume im Zentrum der Betrachtung steht. Erst später ergibt sich eine differenziertere Sichtweise, nämlich die Untersuchung von Grenzen und der sich daran anschließenden Räume auf verschiedenen Ebenen (Landes-, Regierungsbezirks-, Kreis-, Gemeinde-/Stadt-, Orts-/Stadtteilgrenzen). Traditionelle geographische Fragestellungen sind somit die Entstehungsgeschichte von Außen- und Binnengrenzen sowie deren Auswirkungen auf die jeweilige Entwicklung und Gestaltung der Regionen beiderseits der Grenzen.

Dabei werden teilweise recht unterschiedliche theoretische Zugänge gewählt (z.B. Systemtheorie). Zwei davon, die bereits in den 1970er Jahren im Rahmen der Entwicklungsländerforschung zu Grunde gelegt worden waren, werden am häufigsten benutzt: die Modernisierungstheorie und die kontrovers dazu verstandene Dependenztheorie. Beim modernisierungstheoretischen Ansatz wird davon ausgegangen, dass die ungleiche Entwicklung auf beiden Seiten einer Grenze mittel- bis langfristig ausgeglichen werden kann. Dabei orientiert sich der traditionell geprägte, sich ungünstig entwickelnde Grenzabschnitt am aufstrebenden, nämlich modernen und innovativen Teil des Grenzraums.

Im Gegensatz dazu setzt die Dependenztheorie am Unterschied zwischen „Zentrum“ und „Peripherie“ an. In deren Modell stellt die jeweilige Grenzregion eines Staates dessen Peripherie dar – und zwar sowohl in Bezug auf ihre Lage als auch im Hinblick auf ihre Entwicklung. Die meisten und entscheidenden Interaktionen verlaufen zwischen den jeweiligen Zentren der Nationen – und zwar sowohl in Bezug auf die politische Zusammenarbeit (Regierungssitz) als auch im Hinblick auf wirtschaftliche Kooperationen (Unternehmenszentralen). Um zu einer Beseitigung dieser Abhängigkeit (Dependenz) und somit Ungleichheit zu gelangen, soll das endogene Potenzial von Grenzregionen mobilisiert und deren eigenständige, selbst bestimmte Weiterentwicklung forciert werden. Konkrete Überlegungen hierzu sind am Beispiel des deutsch-polnischen Grenzraums angestellt worden und vermögen einen anschaulichen Einblick in die diesbezügliche Sichtweise zu geben (Krätke et. al. 1997).

Etwa seit den 1980er Jahren werden der Grenzraumforschung zusätzliche Aufgaben zugeordnet: „beispielsweise im Kontext der sog. Entgrenzung wirtschaftlicher und politischer Aktivitäten, die durch Prozesse der Globalisierung hervorgerufen worden sind oder im Zusammenhang neuer theoretischer Konzepte, die den Begriff Grenze dekonstruieren und damit grenzbezogene Identitätskonstruktionen (imaged communities) hinterfragen“ (Strüver 2002, S. 72). Damit einher geht eine Verbreiterung der Sichtweise: Wurden zunächst einmal die Entscheidungsträger in ihren grenzraumbezogenen Aktivitäten analysiert, so sind später gleichermaßen das aktionsräumliche Verhalten und die mentale Einstellung der Bürger in entsprechenden Untersuchungen einbezogen worden. Ein chronologischer Überblick über die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Grenzen und Grenzräumen

findet sich bei Heller (1993, S. 194), der folgende Forschungsperspektiven voneinander unterscheidet: den deterministischen, landschaftsgeographischen, sozialgeographischen, standorttheoretischen, verhaltenswissenschaftlichen sowie migrationstheoretischen Ansatz. Darüber hinaus werden in jüngerer Zeit nochmals weitergehende Fragestellungen aufgegriffen, die teilweise in Folge der politischen Wende aufgekommen sind (Bürkner u. Kowalke 1996). Hierunter fallen beispielsweise anwendungsbezogene Gesichtspunkte der Raumordnung und -planung (Lippert 1997; Könönen 2004) oder spezielle Phänomene wie die „Twin Cities“ (Bürkner 2002). Im Übrigen ergibt sich für die Grenzraumforschung ein breites Themenfeld mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunktsetzungen, dessen Bearbeitung seit 1990 intensiviert worden ist. Hierzu gehören beispielsweise Studien zur Wirtschaft (Barjak u. Heimpold 2000) und zum Arbeitsmarkt (Zängle et. al. 1996), einschließlich Landwirtschaft, Tourismus (Wachowiak 1997), Einzelhandel (Köppen 2000) usw. Außerdem interessiert der Verkehr, insbesondere in seiner grenzübergreifenden Servicefunktion (Badstübner 2001), ebenso wie die technische Infrastruktur generell. Weiterhin werden Untersuchungen zur Bildung (Kindergärten, Schulen, Hochschulen), zur Kultur, zum Sozialwesen im weiteren Sinne (einschließlich Sport, Kirchen usw.) sowie zur Ökologie (Roch et. al. 1996) und zur Verwaltung (http://enlarge-net.dresden.de; http://www.clara-eu.info, Zugriff 21.7.2006) in ihren spezifischen Ausprägungen in Grenzräumen durchgeführt. Diese Fragenkomplexe korrespondieren vielfach mit entsprechenden Problemstellungen der Praxis, so dass eine recht große Zahl an angewandten Forschungsarbeiten entsteht.

Was die thematische Schwerpunktsetzung der Grenzraumforschung betrifft, so lässt sich dabei ein paradigmatischer Wandel feststellen: Waren es zunächst einmal eher funktional ausgerichtete Forschungsarbeiten mit primärem Bezug auf die Entscheidungsträger, so sind später vorrangig die grenzüberschreitenden Interaktionen der in den Grenzregionen lebenden Bevölkerung untersucht worden. Mittlerweile stehen Evaluierungsstudien (Jurczek u. Köppen 2002) oder solche zu Identitätsfragen (Aschauer 2001) im Vordergrund des Forschungsinteresses.

## Entstehung grenzüberschreitender Regionen in Mitteleuropa unter besonderer Berücksichtigung der Bundesrepublik Deutschland

Die Bildung von Euroregionen (Abb. 2) basiert im Wesentlichen auf den sukzessive vonstatten gegangenen Prozessen der europäischen Integration. Nachdem Deutschland, Frankreich, Belgien, die Niederlande, Luxemburg und Italien 1957 die „Römischen Verträge“ unterzeichnet hatten, kristallisierten sich in deren Folge zunächst einmal informelle Kooperationen entlang der Westgrenze der Bundesrepublik heraus. Die ersten institutionalisierten Euroregionen sind in den 1970er Jahren im deutsch-niederländischen und deutsch-belgischen sowie im deutsch-französischen und deutsch-luxemburgischen Grenzbereich entstanden. Seitdem gibt es eine rege Zusammenarbeit an der Westgrenze der Bundesrepublik Deutschland. Allerdings ist die Einrichtung von Euroregionen nicht allein auf die Gründung der EG bzw. Erweiterung der EU zurückzuführen, da beispielsweise auch in der neutralen Schweiz frühzeitig intensive Kooperationsbemühungen mit den angrenzenden Regionen ihrer Nachbarstaaten eingesetzt haben (Leimgruber 1980).

*Abb. 2: Grenzüberschreitende Kooperationsräume*
Quelle: BBR: Raumordnungsbericht 2000. Bonn 2000; eigene Bearbeitung

Bei den Euroregionen handelt es sich in der Regel um peripher, da an einer Staatsgrenze gelegene Räume, die sich im nationalen Vergleich jeweils unterdurchschnittlich entwickeln. Sie verfügen über ein geringeres endogenes Potenzial als die Verdichtungsgebiete ihrer jeweiligen Staaten, und zwar sowohl in materieller (Infrastruktur) als auch in immaterieller Hinsicht (Humankapital). Auf Grund ihrer vielfältigen Probleme haben sich deren Akteure weitgehend selbst organisiert und sind mittlerweile bestrebt, die europäische Integration auf kleinräumiger Ebene zu praktizieren.

Außer den Euroregionen gibt es an Deutschlands Südwestgrenzen vier Kooperationsräume, „die jeweils als Interregionale Konferenz oder Kommission (EUREK) firmieren. Sie unterscheiden sich von den Euregios dadurch, dass sie auf der Basis multinationaler Regierungsvereinbarungen arbeiten. Organisatorisch weniger fest gefügt sind schließlich die beiden interregionalen Kooperationsräume, die auf der Basis von kommunalen Vereinbarungen in den 90er Jahren gegründet wurden und jeweils nur wenige Landkreise bzw. landkreisvergleichbare Institutionen umfassen. Für solcherlei Kooperationsräume wird hier die Bezeichnung Interregionale Vereinbarung verwendet. Gemeinsam ist allen drei Kooperationsraum-Typen, dass sie institutionalisierte politisch-geographische Räume staatsgrenzenüberschreitender Politik darstellen“ (Kremb 1999, S. 133).

Mit einem gewissen zeitlichen Verzug gegenüber der realen Kooperation in der Praxis sind zahlreiche Fallstudien zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit an der deutschen Westgrenze entstanden. Dabei kann zwischen älteren Forschungsarbeiten der 1980er/1990er Jahre (Brücher 1989; Wiederhold 1991; Miosga 1999) und solchen, die die Evaluierung der grenzübergreifenden Kooperation aktualisiert haben (Haefliger 2003; Moll 2004; Strüver 2005), unterschieden werden.

Einen erneuten Bedeutungsaufschwung haben die Euroregionen mit bundesdeutscher Beteiligung nach dem Beitritt Dänemarks (1973) erfahren. Hierzu liegen gleichermaßen interessante fachwissenschaftliche Untersuchungen vor, die verschiedene Aspekte der grenzübergreifenden Entwicklung in der Region Schleswig/Sonderjytland beleuchten (Weigand 1990; Kleefeld 2002). Dagegen wirkte sich der Beitritt Großbritanniens und Irlands (ebenfalls 1973), Griechenlands (1981) sowie Portugals und Spaniens (1986) für die Bundesrepublik zwar politisch und wirtschaftlich, jedoch nicht territorial aus.

Eine weitere Zäsur ergab sich durch die Vereinigung Deutschlands, in deren Folge in der ersten Hälfte der 1990er Jahre an der Grenze zu Tschechien und Polen insgesamt acht Euroregionen gegründet wurden. Dadurch entstanden rege Forschungsaktivitäten mit einer Vielzahl an Publikationsvorhaben (Eckart u. Kowalke 1997; Müller et al. 2000; Jurczek 2003; Maier 2003; Troeger-Weiss et al. 2003), die bis heute mit hoher Intensität fortgesetzt werden.

Nach dem EU-Beitritt Finnlands, Schwedens und vor allem Österreichs (1995) konnte – bezogen auf die Zusammenarbeit im Grenzraum – die letzte gebietliche Lücke im Süden Deutschlands geschlossen werden. Dort existieren mittlerweile fünf Euroregionen mit deutsch-österreichischen Gebietsteilen, deren grenzübergreifende Wirkungen zum Teil ebenfalls untersucht worden sind (Liberda 1996). Obwohl die Beziehungen zu Österreich (z.B. im Rahmen der ARGE Alpen) schon seit Jahrzehnten gut waren, konnte die grenzübergreifende Zusammenarbeit nach der EU-Mitgliedschaft des südlichen Nachbarlandes einerseits dennoch eine neue Qualität erfahren. Andererseits orientierte sich die grenzübergreifende Kooperation fortan an den klassischen Zielsetzungen der Euroregionen, die u.a. wie folgt lauten:

- Kontakte sowohl zwischen kommunalpolitischen und sonstigen Entscheidungsträgern (z.B. von Behörden, Kommunen, Kirchen, Gewerkschaften) als auch zwischen den dort lebenden Bürgern über die Grenze/n hinweg zu knüpfen bzw. zu intensivieren,
- die Entwicklung der bis dahin benachteiligten Grenzräume gemeinsam zu fördern,
- hierfür eine eigene Organisationsstruktur aufzubauen (Gründung von Euroregionen als eingetragene Vereine, Einrichtung von Geschäftsstellen usw.),
- dadurch eine langfristige Zusammenarbeit in verschiedenen Themenbereichen (z.B. Verkehr, Kultur, Soziales, Wirtschaft) sicherzustellen sowie
- einen Beitrag zum gegenseitigen Verständnis bzw. zum Abbau von Vorurteilen zu leisten.

Unabhängig von einer Mitgliedschaft in der EU sind gegen Ende des 20. Jahrhunderts auch in anderen europäischen Staaten Grenz- bzw. Euroregionen entstanden – mit ähnlichen wie den oben beschriebenen Zielen. In der Regel organisierten sich diese nicht flächendeckend entlang der Staatsgrenze ihres Landes und mussten sich – falls sie nicht zu den EU-Beitrittsländern gehörten – überwiegend aus nationalen bzw. regionalen Mitteln finanzieren. Einige von ihnen sind jedoch bei der „Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen“ Mitglieder geworden, um an deren wertvollen Lobbyarbeiten und wichtigen Sachinformationen zu partizipieren. Noch wichtiger waren die Erfolge der grenzübergreifenden Zusammenarbeit, die häufig auf der Basis kleinerer Projekte und meistens mit bescheidenen Mitteln realisiert werden konnten.

In fachwissenschaftlicher Hinsicht haben zu jener Zeit zahlreiche Konferenzen zu dieser Thematik im In- und Ausland stattgefunden (u.a. veranstaltet von der Deutschen Gesellschaft für Geographie [z.B. im Rahmen von Geographentagen], von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, vom Johann Gottfried Herder-Institut). Außerdem ist eine Vielzahl an einschlägigen Publikationen erschienen (Ruppert 1993; Förster 1997; Fassel u. Waack 2000). In zunehmendem Maße hat die Grenzraumforschung auch die MOE-Staaten erfasst (z.B. Dokoupil 1996; Stryjakiewicz 2002; Jeřábek et al. 2004). Derartige Forschungs-, Tagungs- und Publikationstätigkeiten halten bis heute an, bzw. sie erfahren eine Ausweitung auf hohem Niveau.

## Grundlagen der Zusammenarbeit an der deutschen Ostgrenze seit 1990

Nach der politischen Wende sind entlang der deutschen Ostgrenze und somit auch in den sächsischen Grenzregionen Kontakte zu tschechischen und polnischen Entscheidungsträgern aufgenommen worden, woraus sich bis heute eine intensive Zusammenarbeit entwickelt hat. In organisatorischer Hinsicht hilfreich war die Gründung von Euroregionen, deren Ziel es ist, die Zusammenarbeit und Entwicklung über die nationalen Grenzen hinweg stetig auszubauen und zu gemeinsamen Aktivitäten zu gelangen. Diese sind in der ersten Hälfte der 1990er Jahre entstanden. Zu jener Zeit wurden insgesamt acht Euro-

regionen gegründet, die beiderseits der Staatsgrenze die jeweils angrenzenden Gebietsteile umfassen, flächendeckend sind und die Form eines breiten Gebietsstreifens bilden (Abb. 1). Sind die Grenzregionen zu Beginn ihrer Existenz noch ziemlich stark von den übergeordneten Einrichtungen betreut worden, haben sie innerhalb von mehr als zehn Jahren ein hohes Maß an Eigenständigkeit erreicht.

In administrativer Hinsicht umfassen die Euroregionen die beiderseits der Staatsgrenze gelegenen Landkreise, wobei sie in der Bundesrepublik Deutschland als eingetragene Vereine organisiert sind. Mitglieder sind in der Regel die Kommunen, Kammern, Behörden und sonstige Einrichtungen. Organisatorisch gesehen existieren zwei oder sogar drei Geschäftsstellen, die für ihren jeweiligen Gebietsteil zuständig sind. In der Euregio Egrensis beispielsweise gibt es eine euroregionale Arbeitsgemeinschaft auf der bayerischen Gebietsseite (mit Sitz in Marktredwitz), auf der sächsisch/thüringischen Gebietsseite (mit Sitz in Plauen) und auf der tschechischen Gebietsseite (mit Sitz in Cheb/Eger und Karlovy Vary/Karlsbad). Während die Alltagsarbeit in den jeweiligen Geschäftsstellen erfolgt, repräsentiert das gemeinsame Präsidium die Gesamteuregio.

Die Bereiche der Zusammenarbeit umfassen in der Regel die Wirtschaft und den Verkehr, den Tourismus, die Landwirtschaft, die Umwelt, die Jugend, die Kultur und den Sport sowie die Bildung. Dabei fungieren die Geschäftsstellen als Moderatoren nach innen und außen. Innerhalb der Euroregionen pflegen sie Kontakte zu ihren Mitgliedern, zu lokalen und regionalen Entscheidungsträgern sowie zu ihren Kooperationspartnern. Was ihr Außenengagement betrifft, so kommunizieren sie mit übergeordneten Einrichtungen auf der nationalen und europäischen Ebene. Allerdings ist ihr Wirkungsgrad begrenzt, da sie im Durchschnitt über nur wenig Personal (ca. zwei bis vier Mitarbeiter) verfügen.

Zunächst einmal waren die Euroregionen in den Jahren nach der Wende durch enorme Herausforderungen konfrontiert (z.B. kurzfristige Verbesserung der technischen Infrastruktur, langfristiger Ausbau der regionalökonomischen und soziokulturellen Entwicklung). Das ist einer der Gründe, dass relevante grenzübergreifende Projekte seitdem mit EU-Mitteln unterstützt werden. Hierzu sind spezifische Förderprogramme aufgelegt worden, die sinnvolle grenzübergreifende Projekte auf der tschechischen und polnischen (bis Ende 2003 PHARE) bzw. auf der deutschen Seite (INTERREG) – oder sogar unter Einbeziehung mehrerer EU-Mitgliedsstaaten und EU-Beitrittskandidaten – unterstützen.

Dabei ist die unterschiedliche Entwicklung beiderseits der Staatsgrenzen innerhalb von mehr als einem halben Jahrhundert zu berücksichtigen. Besondere Probleme resultieren aus den unzureichenden Verkehrsverbindungen, so dass hohe Investitionen zur Verbesserung der Verkehrswege notwendig sind. Was die Strukturmerkmale der Grenzregionen anbelangt, so kristallisieren sich sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede heraus. Beispielsweise sind nur wenige Großstädte vorhanden, ebenso wie die Bevölkerungsdichte unterdurchschnittlich ist. Während beispielsweise die sächsisch-polnischen Euroregionen primär landwirtschaftlich bzw. durch Handelsfunktionen geprägt sind, dominieren im sächsisch-tschechischen Grenzraum traditionelle Industriezweige (z.B. Textilherstellung, Eisenverarbeitung, Musikinstrumentenbau). Schließlich zählen die Waldwirtschaft und Holzverarbeitung zu den klassischen Wirtschaftsbereichen.

Signifikante Unterschiede lassen sich beim durchschnittlichen Alter der dort lebenden Bevölkerung feststellen. Die Bewohner der tschechischen und polnischen Gebiete der Euroregionen sind – wegen Ansiedlungen erwerbsfähiger Bevölkerungsgruppen aus den östlichen Landesteilen vor der politischen Wende – in der Regel jünger als auf der deutschen Seite. Außerdem stellt die Staatsgrenze nach wie vor eine Wohlstandsgrenze dar, da sowohl die Höhe der Haushaltseinkommen als auch die Qualität der infrastrukturellen Ausstattung östlich der Grenze unter dem deutschen Niveau liegen. Allerdings ist in den letzten Jahren eine zunehmende Angleichung der Lebensverhältnisse zu beobachten, die sich in Zukunft weiter fortsetzen dürfte.

Um die Voraussetzungen hierfür zu schaffen, sind zu Beginn der 1990er Jahre in allen Euroregionen konzeptionelle Überlegungen angestellt worden, die in entsprechenden Entwicklungsplänen ihren Niederschlag gefunden haben. Diese beinhalten in den meisten Fällen eine problemorientierte Bestandsaufnahme, eine differenzierte Bewertung sowie einen handlungsorientierten Maßnahmenkatalog. Letzterer dient als Kompendium für die Identifizierung, Bezuschussung und Umsetzung grenzübergreifender Projekte sowie zur langfristigen Weiterentwicklung der deutsch-tschechischen und deutsch-polnischen Euroregionen.

## Zwischenbilanz der grenzübergreifenden Zusammenarbeit in den deutsch-tschechischen und deutsch-polnischen Euroregionen

In den letzten Jahren hat es vermehrt Überlegungen gegeben, die eine Bewertung der grenzüberschreitenden Entwicklung und der grenzübergreifenden Zusammenarbeit in den EU-Staaten beinhalten. Eine dieser Untersuchungen hat die Evaluierung ausgewählter Euroregionen zum Ziel gehabt (Jurczek u. Köppen 2002; Jouen 2003). Einige wichtige Erkenntnisse dieser für die EU-Kommission erarbeiteten Studie lauten in Bezug auf die Grenzregionen an der deutschen Ostgrenze – unter besonderer Berücksichtigung der Euregio Egrensis – wie folgt, wobei zwischen positiven Aspekten und Problemen unterschieden wird:

### *Positive Aspekte der grenzübergreifenden Zusammenarbeit*

Unmittelbar nach der politischen Wende war es zunächst einmal erforderlich, die für die grenzübergreifende Zusammenarbeit zuständigen Ansprechpartner zu identifizieren und zu konkreten Kontakten untereinander zu gelangen. In den darauf folgenden Phasen der Kooperation ist es zu einer Verstetigung und Pflege der Kommunikation der euroregionalen Entscheidungsträger sowohl innerhalb der regionalen Teilgebiete als auch über die Grenze hinweg gekommen. Dies schließt eine effektive fachübergreifende Zusammenarbeit ein. Dabei hat sich herauskristallisiert, dass nur langfristig angelegte Arbeitsstrukturen erfolgreich sind, die nicht durch personelle Fluktuationen, rückläufiges Engagement usw. beeinträchtigt werden dürfen.

Was die Bereitschaft zu einer dauerhaft angelegten und langfristig Erfolg versprechenden Zusammenarbeit über die Staatsgrenzen hinweg anbelangt, so hat die Motivation der euroregionalen Akteure einen bedeutsamen Ausgangspunkt dargestellt. Vielfach war deren Hauptaugenmerk auf die Weiterentwicklung des eigenen Gebietsteils konzentriert, so dass die grenzübergreifenden Belange unmittelbar nach der politischen

Wende erst einmal weniger wichtig zu sein schienen. Damit einher geht die Befähigung zur Kooperation und Teamarbeit, was zu einem gewissen Anteil auf dem fachlichen Ausbildungsgrad, vor allem jedoch an der Überzeugung und am Willen zur Zusammenarbeit beruht.

Insbesondere in der Anfangsphase der grenzübergreifenden Kooperation ist ein überdurchschnittlich hohes Engagement der euroregionalen Entscheidungsträger unerlässlich gewesen. Nur dadurch konnte es gelingen, relativ kurzfristig die angestrebten Nahziele gemeinsam zu erreichen. Allerdings ist es ständig notwendig, dass die grenzübergreifenden Aktivitäten mit viel Elan erfolgen, zumal die personellen Ressourcen eingeschränkt sind. Dies erfordert ein hohes Maß an Motivation und Ausdauer, da ansonsten die langfristig anspruchsvollen Ziele nicht einlösbar wären. Vorzugsweise von Bedeutung ist auch das gemeinsame Auftreten der euroregionalen Akteure, unter welches das teilregionale Vorgehen sukzessive subsumiert werden muss. In diesem Zusammenhang spielt die gemeinsame Realisierung von Werbemaßnahmen sowohl auf der nationalen als auch auf der internationalen Ebene eine besondere Rolle. Letztere weisen mittelfristig einen deutlichen europäischen Bezug auf, dürften sich jedoch in der ferneren Zukunft durchaus auch auf andere Kontinente (z.B. Asien) erstrecken.

Über bloße konzeptionelle Überlegungen hinaus ist die Umsetzung grenzüberschreitender Maßnahmen von besonderer Bedeutung. Dazu gehört eine Vielzahl an konkreten Projekten unterschiedlicher fachlicher Ausrichtung (z.B. Wirtschaft, Kultur, Soziales, Umwelt). Das damit verbundene Ziel richtet sich in erster Linie auf das Wohlergehen der euroregionalen Bevölkerung und dient vor allem der kontinuierlichen Angleichung ihrer Lebensqualität. Außerdem ist damit ein Höchstmaß an Kommunikation über die Grenze hinweg verbunden. Betrachten wir hierzu die Besuchshäufigkeit der dort lebenden Menschen, so ist diese nach der politischen Wende z.T. etwas angestiegen und hat sich später eingependelt (vgl. Abb. 3). Was die Besuchsgründe betrifft, so dominieren Einkäufe und touristische Motive. Dagegen spielen berufsbedingte Interaktionen wie das Berufspendeln (noch) keine nennenswerte Rolle.

Kern der gemeinsamen inhaltlichen Arbeit ist eine umfangreiche Kooperation in verschiedenen Bereichen. Dabei kann eine gewisse thematische Schwerpunktsetzung hinsichtlich der Themenfelder Infrastruktur und Umwelt sowie Kultur im weitesten Sinne festgestellt werden. Während die wirtschaftliche Zusammenarbeit in den Folgejahren der politischen Wende etwas unterrepräsentiert schien, hat diese in der Realität – wenn auch ohne intensivere Kommunikation in der Öffentlichkeit – bereits von Anfang an existiert. Allerdings haben die grenzüberschreitenden Wirtschaftskontakte auf Seiten der Unternehmen durch die EU-Osterweiterung einen nochmaligen Impuls erfahren. Dadurch und durch eigene betriebliche Maßnahmen hat sich in den Grenzräumen die wirtschaftliche Zusammenarbeit über die Staatsgrenze hinweg zum Teil erheblich verbessert.

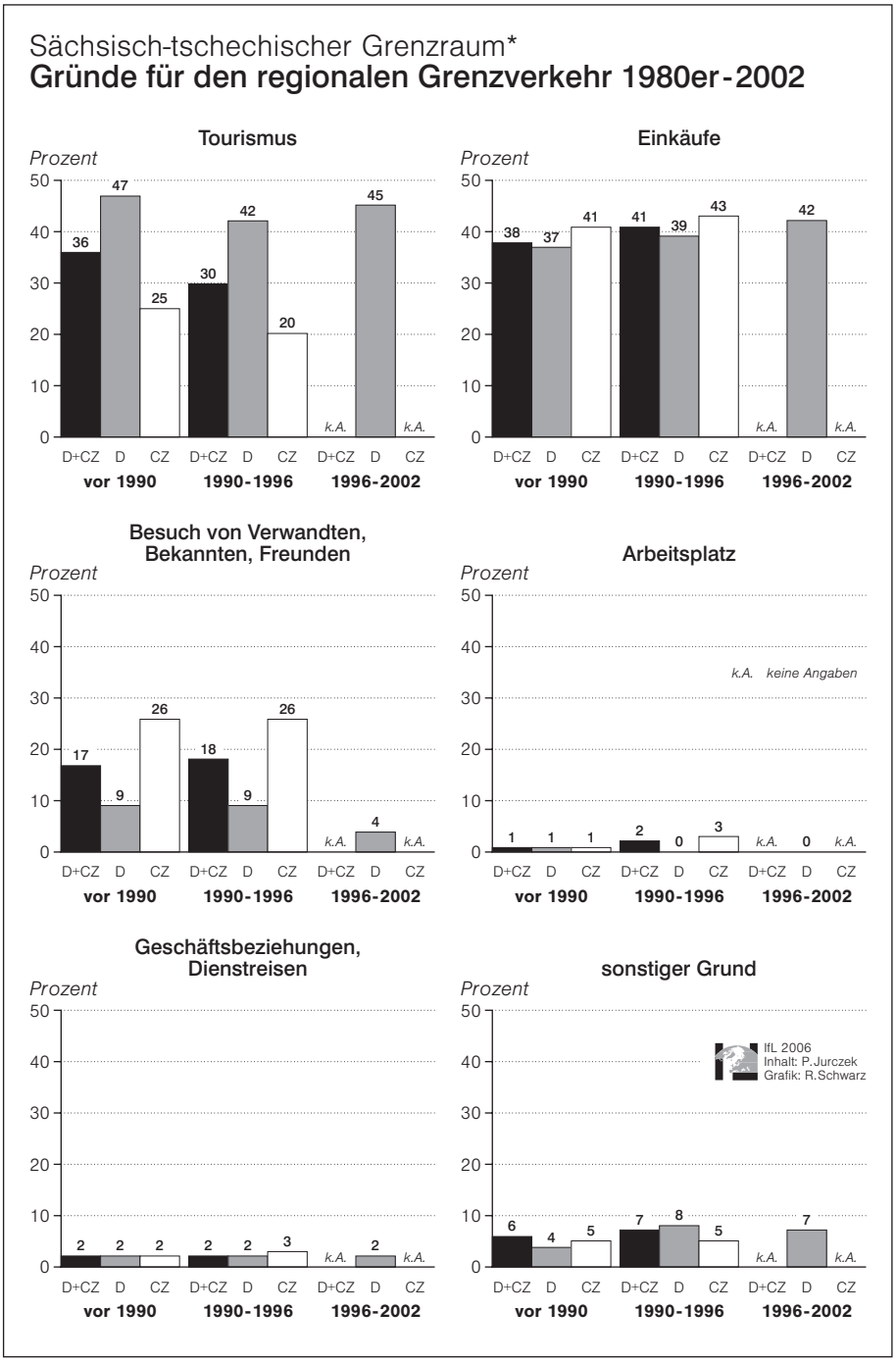


*Abb. 3: Gründe für den regionalen Grenzverkehr im sächsisch-tschechischen Grenzraum*

* Euroregionen Egrensis und Erzgebirge
1996 n = 899;
2002 n = 905;
Quelle: Rezeption der grenzüberschreitenden Entwicklung und Zusammenarbeit im sächsisch-böhmischen Grenzgebiet – fachwissenschaftliche Erkenntnisse und fachdidaktische Umsetzungsmöglichkeiten (= KrAo Nr. 6; Jurczek 2003)

In diesem Zusammenhang wird den modernen Arbeitsmethoden wie beispielsweise Marketing und Management ein besonderer Stellenwert eingeräumt. Allerdings sind diese stets in kooperativer Form zu praktizieren, um den gesamtregionalen Zielsetzungen angemessen Rechnung zu tragen. Dabei ist abzusehen, dass deren Bedeutung in Zukunft noch weiter steigen dürfte, so dass deren Effektivität rechtzeitig ausgebaut werden sollte. Ansatzweise lassen sich schließlich erste Erfolge zur Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls der in den Euroregionen zusammen lebenden deutschen, tschechischen und polnischen Bevölkerung feststellen. Allerdings identifizieren sich die Bürger bislang in erster Linie mit ihrer jeweiligen Heimatgemeinde bzw. Heimatregion. Ob die Euroregionen in Zukunft einmal eine wichtigere Funktion ausüben werden, bleibt abzuwarten.

### *Probleme bei der grenzübergreifenden Zusammenarbeit*

Vehement beklagt wird die komplizierte Antragstellung, Prüfung und Genehmigung bzw. Ablehnung der grenzübergreifenden Projekte im Rahmen der INTERREG-Förderung. Erfahrungsgemäß ist damit ein recht langer Zeitraum von mehreren Wochen verbunden, so dass weniger professionelle, aber durchaus innovative Projektträger unter Umständen resignieren. Häufig ergeben sich auch Probleme in Bezug auf die Transparenz der Förderentscheidungen, die es maßgeblich zu verbessern gilt.

Statt eine Erweiterung bzw. Verfeinerung der bürokratischen Auflagen zu praktizieren, sind die unterschiedlichsten Vorhaben auf der Basis ihrer grenzübergreifenden Relevanz und unter Verzicht einschränkender Auflagen zu fördern. Was die Art der Projekte betrifft, so sollten sowohl wirtschaftliche Vorhaben im engeren Sinne als auch solche zur Intensivierung der weichen Standortfaktoren (Kultur, Sport, Schule, Wissenschaft, usw.) fortan stärker unterstützt werden. Letzteres müsste in höherem Umfang im Rahmen einer noch einfacher praktizierten Kleinprojekteförderung – wie sie seit dem Jahr 2000 grundsätzlich möglich ist – erfolgen.

Die Vielzahl der genannten Aufgaben fordert von den euroregionalen Akteuren ein Höchstmaß an Engagement. Angesichts dessen erscheint die personelle und materielle Ausstattung der euroregionalen Geschäftsstellen unzureichend. Ebenso sollte überlegt werden, wie es trotz der organisatorischen Dreigeteiltheit (z.B. im Falle der Euroregionen Neiße, Euregio Egrensis) bzw. Zweigeteiltheit (der anderen Euroregionen) langfristig gelingen wird, die Aktivitäten innerhalb der Euroregionen noch stärker zu integrieren und somit effizienter zu gestalten.

Im Herbst 2001 hat die Europäische Kommission die Förderprogramme zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit im Rahmen von INTERREG III genehmigt. Die finanziellen Mittel der Europäischen Kommission kommen den jeweiligen Euroregionen etwa anteilig zu Gute, orientieren sich jedoch in ihrer Größenordnung letztlich an deren finanziellem Bedarf. Mit den Bemühungen um eine Sicherung der finanziellen Ressourcen geht die wirtschaftspolitische Forderung nach vorübergehender Einschränkung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer und Dienstleister aus den MOE-Staaten nach deren EU-Beitritt einher, die insbesondere von deutscher und österreichischer Seite erhoben worden ist. Auf diese Weise sollte dem plötzlich erwarteten Zustrom an Zuwanderern Einhalt geboten werden, um die Grenzregionen und ihre Bewohner kontinuierlich auf die neue Situation vorbereiten zu können. Allerdings hat sich im Vorfeld der EU-Osterweiterung nicht genau absehen lassen, ob und – wenn ja – wie viele Arbeitsmigranten aus den östlichen Nachbarländern in die Bundesrepublik Deutschland kommen würden. Jüngere Erkenntnisse belegen, dass der Zustrom an Zuwanderern und Arbeitspendlern – trotz einiger „Schlupflöcher“ – geringer ausfallen dürfte, als dies häufig angenommen wurde. Zudem scheinen diese nur in geringem Ausmaß in die Regionen an der deutschen Ostgrenze als vielmehr in die wirtschaftsstarken Verdichtungsgebiete zu tendieren (Ifo 2003).

Punktuell geben auch unterschiedliche Interpretationen der historischen Entwicklung der Grenzregionen Anlass zu kontroversen Diskussionen. Allerdings lassen diese im zeitlichen Kontext in ihrer Schärfe und Nachhaltigkeit nach, so dass sie keine langfristigen Friktionen verursachen dürften. Unterschiedliche Einstellungen auf beiden Seiten der Grenze waren auch unmittelbar nach der politischen Wende festzustellen. Während Polen und Tschechien die grenzübergreifende Zusammenarbeit zunächst einmal zentralistisch – das heißt von der jeweiligen nationalen Regierung – organisierten, hat der Bund – gemäß seiner föderalen Grundsätze – eine Vielzahl an kleinräumig wirksamen Aktivitäten auf die ostdeutschen Bundesländer übertragen. Trotz der Verpflichtung zur Wahrung hoheitlicher Aufgaben durch die nationale Ebene wird den Entscheidungsträgern in den Regionen beiderseits der Staatsgrenzen in letzter Zeit ein höheres Mitspracherecht eingeräumt, als das noch vor rund zehn Jahren der Fall war.

Dadurch wird im politischen Alltag eine Intensivierung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit insbesondere auf der kommunalen Ebene ermöglicht. Dies resultiert aus den regelmäßigen Zusammentreffen der politischen Akteure, in deren Rahmen die Parteipolitik kaum eine Rolle spielt. Demokratie wird kleinräumig praktiziert, wobei es vor allem in den ersten Jahren nach der Wende zahlreiche Veranstaltungen zu dieser Thematik gegeben hat. Was die überregionalen Aktivitäten betrifft, so werden die Grenzgebiete – vor allem vor Wahlen – relativ häufig von Politikern des Landes, Bundes und Europas aufgesucht, um sich mit den spezifischen Problemen der Euroregionen vertraut zu machen.

Die Situation der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit tschechischen und polnischen Unternehmen ist ambivalent. Bestehende Netzwerke bzw. die Gründung von Jointventures funktionieren zwar, wobei dies in der Regel auf internen Unternehmensentscheidungen beruht und Informationen darüber selten in die Öffentlichkeit gelangen. Das Innovationspotenzial und die Dynamik der Unternehmen wären jedoch noch ausgeprägter, wenn Privatunternehmen durch Förderprogramme wie INTERREG unmittelbar partizipieren könnten. Unterstützung erfolgt auf indirektem Wege, beispielsweise über die Kammern der jeweiligen Grenzregionen. Auf der deutschen Seite handelt es sich um die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern, die ihre grenzübergreifenden Aktivitäten in den letzten Jahren zunehmend optimiert haben.

Um die wirtschaftsorientierten Defizite auszuräumen, ist im September 1998 die „Arbeitsgemeinschaft der Wirtschaftskammern entlang der Grenzen zu den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsstaaten“ (www.arge28.de, Zugriff 21.7.2006) gegründet worden.

Diese fordert, für eine Übergangszeit der Sondersituation der Regionen entlang der Beitrittsgrenzen durch eine besondere Unterstützung zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung Rechnung zu tragen, um die Standortbedingungen der Grenzräume zu verbessern und deren Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern. In der Zwischenzeit hat die EU entsprechende Sondermittel gewährt, so dass umfangreiche Maßnahmen zur Intensivierung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit von Untenehmen realisiert werden können (TRUNZER 2003).

## Wirtschaftliche Zusammenarbeit von Unternehmen am Beispiel der Grenzregion Südwestsachsen-Nordwestböhmen

Da die grenzübergreifenden Kooperationen im Bereich der Wirtschaft derzeit von großer Bedeutung erscheinen, soll diesem Aspekt im Folgenden besonders Rechnung getragen werden. Entsprechende Erkenntnisse beziehen sich auf den exemplarisch untersuchten Grenzraum Südwestsachsen-Nordwestböhmen (JURCZEK 2006), in dem eine studentische Projektgruppe der TU Chemnitz themenspezifische Primärerhebungen durchgeführt hat (LEHMANN et al. 2004). Laut den dabei ermittelten Ergebnissen befürworten 57 Prozent der in den Grenzkreisen Südwestsachsens angesiedelten Unternehmen den EU-Beitritt Tschechiens, während 23 Prozent der Befragten „weder dafür noch dagegen“ und ein Fünftel „dagegen“ sind.

Während die Mehrheit der Befürworter Geschäftsbeziehungen nach Tschechien unterhält, engagieren sich nur 20 Prozent der Beitritts-Skeptiker und -Gegner im Nachbarland. Dennoch liegt der Anteil der gegenüber der EU-Osterweiterung positiv eingestellten Unternehmer über dem der im Grenzgebiet Südwestsachsens lebenden Bevölkerung insgesamt, die nur zu 42 Prozent für den EU-Beitritt Tschechiens plädiert. Bei den jeweiligen Beweggründen handelt es sich überwiegend um wirtschaftliche Motive, die sowohl zu einer Befürwortung als auch zu Indifferenz oder Ablehnung führen. Trotzdem fällt auf, dass die in den Grenzkreisen Südwestsachsens befragten Unternehmer durchaus auch nichtökonomische Gründe anführen (vgl. Abb. 4). Die „Stärkung der Stabilität in Europa“ wird sogar als vorrangig wichtig erachtet. Außerdem dominieren Nennungen wie „Erschließung neuer Märkte“, „Vergrößerung des Wirtschaftsraumes“ und solche, die eine Vereinfachung der grenzübergreifenden Interaktionen beinhalten. Demgegenüber sind es vor allem wirtschaftsorientierte Motive, die zu einer ablehnenden Einstellung beitragen (vgl. Abb. 4).

Daraus wiederum lassen sich die betrieblichen Chancen und Risiken ableiten, mit denen sich die im Grenzraum Südwestsachsens angesiedelten Unternehmer auseinander setzen müssen. Was die Chancen betrifft, so steht die Gewinnung neuer Absatzmöglichkeiten an erster Stelle der Nennungen, gefolgt von den betrieblichen Kooperationen über die Grenze hinweg. Diese umfassen hauptsächlich Lieferverträge, Lohnveredelung, Lizenz- und Franchisingverträge sowie sonstige Formen, wie im Rahmen einer Studie von der TU Bergakademie Freiberg im Auftrag der IHK Südwestsachen ermittelt worden ist (vgl. BREZINSKI u. LEICK 2004). Im Übrigen bezieht sich die grenzübergreifende Zusammenarbeit auf die Bereiche Produktion, Vertrieb/Service, Beschaffung sowie Forschung und Entwicklung. Dabei werden von den meisten der im Regierungsbezirk Chemnitz befragten Unternehmen „informelle Kanäle“ benutzt, die im Rahmen ihres Tschechien-Engagements als nützlich erachtet werden. Weitere betriebliche Chancen umfassen vor allem die Gewinnung billigerer Arbeitskräfte, Zollerleichterungen sowie eine Ausweitung des Lieferanten- und Kundenstammes. Die wichtigsten Risiken beziehen sich nach der Unternehmensbefragung der TU Chemnitz u.a. auf die „Vergrößerung der betrieblichen Konkurrenz“, das „Preisdumping auf der tschechischen Seite“ sowie das dortige „geringe Lohnniveau“, das Wettbewerbsverzerrungen erzeuge (LEHMANN et al. 2004).

Im Gegensatz zu den Unternehmen in den beiden Regierungsbezirken Chemnitz und Dresden insgesamt scheint es in den Grenzlandkreisen Südwestsachsens (mit 60 %) einen etwas höheren Anteil an Betrieben mit Kontakten nach Tschechien zu geben. Dabei handelt es sich überwiegend um klein- und mittelständsche Unternehmen, die dort vorherrschen. Diese arbeiten nach BREZINSKI und LEICK (2004) primär mit Geschäftspartnern in Nordwestböhmen, in anderen tschechischen Gemeinden und aus dem Großraum Prag zusammen. Somit scheint die räumliche Nähe im Rahmen grenzübergreifender betrieblicher Kooperationen eine nennenswerte Rolle zu spielen. In Zukunft dürften die Geschäftskontakte dorthin weiter ausgebaut werden. In der Reihenfolge ihrer Bedeutung umfassen diese Exporte nach und Importe aus Tschechien, betriebliche Kooperationen (ohne/mit Kapitalbeteiligung) sowie den Aufbau von Niederlassungen bzw. Firmengründungen in der Tschechischen Republik. Allerdings erfolgt – neben Deutschland und den restlichen EU15-Ländern – gleichermaßen eine Orientierung der Geschäftskontakte in andere MOE-Staaten – insbesondere nach Polen – sowie ins außereuropäische Ausland.

Was die Bewertung der sächsisch-tschechischen Geschäftsbeziehungen anbelangt, so äußern sich laut Studie der TU Chemnitz zwei Drittel der im unmittelbaren Grenzraum Südwestsachsens befragten Unternehmer zufrieden. Die grenzübergreifende Zusammenarbeit sei erfolgreich, die tschechischen Kontaktpersonen seien zuverlässig, die dortigen Güter und Dienstleistungen von guter Qualität und die Produktionsbedingungen im Nachbarland vorteilhaft. Die

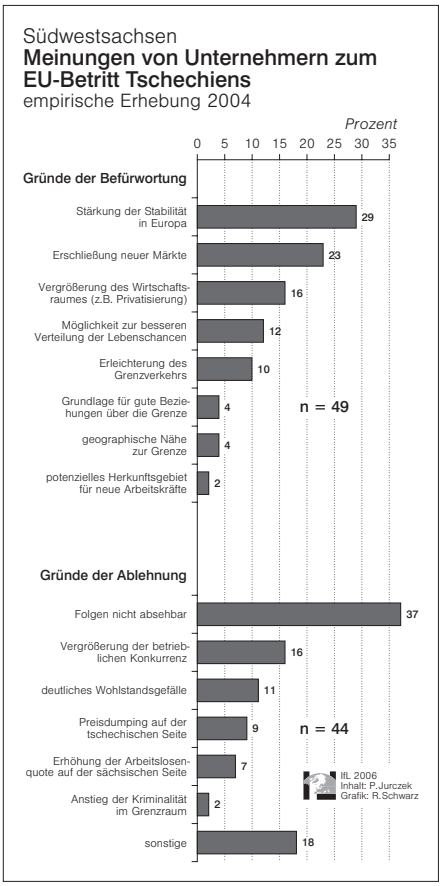


*Abb. 4: Meinungen zum EU-Beitritt der Tschechischen Republik aus der Sicht von Unternehmern in Südwestsachsen*
Quelle: empirische Erhebungen des Fachgebietes Geographie der TU Chemnitz 2004; LEHMANN et al. 2004

Strategie, über die deutsch-tschechische Grenze hinweg zusammen zu arbeiten, scheint bisher durchaus erfolgreich zu sein. Nach den Erkenntnissen von Brezinski und Leick (2004) lassen sich dadurch vor allem eine bessere Kapazitätsnutzung und eine Reduzierung der Kosten erreichen. Weitere Gunstfaktoren umfassen eine Ertragssteigerung, höhere Flexibilität, Risikominderung, Entwicklung neuer Produkte/Verfahren, Informations-/Know-how-Gewinnung sowie Mitabeiterqualifizierung. Trotzdem dürfen die negativen Aspekte nicht außer Acht gelassen werden, um diese möglichst frühzeitig beseitigen zu können. Ein Drittel der in Südwestsachsen befragten Unternehmer ist nämlich gegenüber den grenzübergreifenden Geschäftsbeziehungen durchaus kritisch eingestellt (Lehmann et al. 2004). Dabei verweisen die Unzufriedenen auf die schlechte Zahlungsmoral, den kontinuierlichen Preisanstieg sowie die schlechte bzw. schwankende Qualität der tschechischen Leistungen. Außerdem sind die Probleme nicht zu unterschätzen, mit denen die kooperationswilligen Betriebe im Regierungsbezirk Chemnitz nach Brezinski und Leick (2004) konfrontiert werden. Hierunter fallen vor allem Unzulänglichkeiten in Bezug auf die Grenzformalitäten und die Verkehrsanbindung sowie generell bürokratische Hemmnisse. Derartige Gesichtspunkte prägen das Meinungsbild solcher Betriebe, die bislang keine Geschäftsbeziehungen mit tschechischen Partnern aufgenommen haben. Bezogen auf die in den Grenzkreisen Südwestsachsens befragten Unternehmer sind hierfür laut Studie der TU Chemnitz die sprachlichen Probleme, eine unzureichende Finanzmittelausstattung, ein momentanes Desinteresse, die unzureichende Fachkompetenz bzw. Unzuverlässigkeiten der potenziellen Partner auf der tschechischen Seite, mangelnde Gelegenheit zur Kooperation sowie Produktionsmöglichkeiten und fehlender Absatzmarkt verantwortlich. Trotz der oben skizzierten Vorteile der grenzübergreifenden Zusammenarbeit werden daher die möglichen Folgen des EU-Beitritts der Tschechischen Republik für die wirtschaftliche Entwicklung des Heimatstandorts – zumindest vorübergehend – eher skeptisch beurteilt. Daher stimmen drei Viertel der in den südwestsächsischen Grenzkreisen ansässigen Unternehmen den Übergangsregelungen der Europäischen Kommission zu, um sich zumindest vorübergehend gegenüber etwaiger Konkurrenz aus Tschechien und anderen MOE-Staaten abzuschotten. Jeweils rund zwei Drittel befürchten eine große Zahl tschechischer Zuwanderer bzw. Arbeitspendler. Schließlich sprechen sich 86 Prozent der Befragten gegen eine überdurchschnittliche EU-Förderung der MOE-Länder aus, wie es die Europäische Kommission ab 2007 vorsieht.

## Fazit und Ausblick

Als abschließendes Fazit bleibt festzuhalten, dass die grenzübergreifende Arbeit in den Euroregionen trotz einer Vielzahl an Schwierigkeiten mittlerweile auf hohem Niveau betrieben wird. Daher sollten die Bemühungen ihrer Akteure von regionaler und überregionaler Seite auch zukünftig bedarfsgerecht gefördert werden, um die voraussichtlich noch geraume Zeit verbleibenden Disparitäten Erfolg versprechend abbauen zu können. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass die Grenzregionen und deren Akteure in gewisser Weise den EU-Beitritt der MOE-Staaten an der Basis mit befördert haben. Das heißt, dass die persönlichen Kontakte und die gemeinsame Projektarbeit in den Euroregionen die grundlegende Idee der grenzübergreifenden Zusammenarbeit kreativ unterstützen und damit eventuell aufkommende, in der Regel vorübergehende großpolitische Probleme überspielen können.

Da in den Euroregionen beidseits der Grenze meistens eine deutlich voneinander unterscheidbare Mentalität anzutreffen ist (Schroll-Machl u. Nový 2000), sollten breit gefächerte Maßnahmen zur Förderung der Motivation verschiedener gesellschaftlicher Gruppen realisiert werden. Grenzüberschreitende Aktivitäten sind somit als kooperativer Lernprozess aller Akteure zu verstehen (Fürst 2000). Außerdem obliegt es den Entscheidungsträgern der Euroregionen, ihrerseits der hohen Erwartungshaltung gerecht zu werden, ihr endogenes Potenzial dauerhaft einzubringen, ihre Integrationsfähigkeit unter Beweis zu stellen sowie ihre Organisationsstruktur sachgerecht zu koordinieren.

Insgesamt gesehen ergibt sich für die Grenzräume ein differenzierter Handlungsbedarf, der vorrangig den quantitativen Ausbau und die qualitative Verbesserung der materiellen (z.B. Verkehrswege, Ver- und Entsorgungsanlagen) und immateriellen Infrastruktur (z.B. Veranstaltungsprogramm) umfasst (Jurczek 1999, S. 64). Außerdem sollten auch in Zukunft anwendungsbezogene Konzeptionen und Handreichungen zur Weiterentwicklung der Euroregionen erarbeiten werden, was eine problemorientierte Grenzraumforschung unter Beteiligung verschiedener Wissenschaftsdisziplinen einschließt. Ebenso ist eine strategische Förderung des gegenseitigen Verständnisses, der Verbesserung der grenzübergreifenden Kommunikationsstrukturen und der Schaffung eines multikulturell geprägten Umfeldes vorzusehen. Dies alles impliziert die Fortführung einer breit angelegten Unterstützung auf der lokalen, regionalen und nationalen sowie vor allem auf der europäischen Ebene. Entsprechende Vorbereitungen werden momentan für den Zeitraum 2007 bis 2013 vorgenommen.

Was den Ausblick betrifft, so dürften die Grenzgebiete ihren hohen Stellenwert langfristig behalten bzw. ausweiten. Sie werden wohl auch zukünftig wichtige „Scharniere“ zwischen den Staaten Europas bleiben, da sie bedeutsame Aufgaben für den gesamten Kontinent wahrnehmen (z.B. Verkehrsmagistralen). Außerdem können die Euroregionen als kleinräumige „Laboratorien“ der europäischen Integration angesehen werden, deren Akteure sich in zunehmendem Maße emanzipieren. Sowohl wegen ihres überregionalen Stellenwertes als auch wegen ihrer nachhaltigen Probleme dürften sie in Zukunft trotz aller Sparmaßnahmen weiterhin bevorzugt gefördert werden. Schließlich könnten sich insbesondere die Euroregionen in den noch nicht der EU angehörenden Ländern (z.B. im bulgarisch-rumänischen Grenzgebiet um Rousse und Giurgiu) zu „Motoren“ einer nochmaligen Erweiterung Europas herauskristallisieren. Dabei handelt es sich vorrangig um Bulgarien, Rumänien, Kroatien, Mazedonien und die Türkei sowie ggf. weitere (süd-) osteuropäische Staaten. Allerdings dürfte dort eine nennenswerte Intensivierung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit nur im Falle eines positiven Verhältnisses zur Europäischen Union und zu deren jeweils benachbarten Staaten – mit denen kooperiert werden soll – möglich sein.

## Literatur


Ante, U. (1981): Politische Geographie. Braunschweig.

Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (1996): 25 Jahre Gemeinschaftsarbeit. Gronau.

Aschauer, W. (2001): Regionale und ethnische Identitäten im deutsch-dänischen Grenzgebiet. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 75, H. 4, S. 357-375.

Badstübner, U. (2001): EgroNet – Euroregionales Nahverkehrssystem. In: Brock, A. (Hrsg.): Die Bahn im neuen Jahrtausend. München, S. 94-104.

Barjak, F. u. G. Heimpold (2000): Development Problems and Policies at the German Border with Poland – Regional Aspects of Trade and Investment. In: Van der velde, M. u. H. van Houtum (Hrsg.): Borders, Regions and People. London, S. 13-31.

Boesler, K.-A. (1983): Politische Geographie. Stuttgart.

Brezinski, H. u. B. Leick (2004): Sächsisch-Tschechische Wirtschaftskooperationen. Unternehmensbefragung der TU Bergakademie Freiberg in Zusammenarbeit mit der IHK Südwestsachsen. Chemnitz/Freiberg/Plauen.

Brücher, W. (1989): Saar-Lor-Lux: Grenzregion, Peripherie oder Mitte der Europäischen Gemeinschaft? In: Geographische Rundschau 41, H. 10, S. 526-529.

Bürkner, H.-J. (2002): Border Milieux, Transboundary Communication and Local Conflict Dynamics in German-Polish Border Towns: The Case of Guben und Gubin. In: Die Erde 133, S. 339-351.

Bürkner, H.-J. u. H. Kowalke (Hrsg.) (1996): Geographische Grenzraumforschung im Wandel. Praxis Kultur- und Sozialgeographie 15. Potsdam.

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2000): Raumordnungsbericht 2000. Bonn.

Dokoupil, J. (1996): Der Einfluss der Grenzöffnung auf die Bewohner im tschechisch-bayerischen Grenzraum der Euregio Egrensis. In: Planerische Zusammenarbeit und Raumentwicklung in tschechischen, slowakischen und deutschen Grenzregionen. ARL-Arbeitsmaterial 231. Hannover, S. 59-68

Eckart, K. u. H. Kowalke (Hrsg.) (1997): Die Euroregionen im Osten Deutschlands. Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung 55. Berlin, S. 95-11.

Europäische Gemeinschaften (Hrsg.) (2003): Wettbewerbsfähigkeit, nachhaltige Entwicklung und Zusammenhalt in Europa – Von Lissabon nach Göteborg. Brüssel.

Fassel, H. u. C. Waack (Hrsg.) (2000): Regionen im östlichen Europa – Kontinuitäten, Zäsuren und Perspektiven. Tübinger Geographische Studien 128.

Förster, H. (1997): Transformation und Regionalentwicklung in Ostmittel- und Südosteuropa. In: 51. Dt. Geographentag Bonn 1997. Tagungsbericht und wiss. Abhandlungen. Wiesbaden, S. 127-137.

Fürst, D. (2000): Regionale Politik in Grenzregionen als kooperativer Lernprozess. In: Neues Archiv für Niedersachsen, H. 2, S. 73-94.

Grimm, F.-D. (1997): Grenzen und Grenzregionen im mittleren und östlichen Europa. In: Beiträge zur regionalen Geographie 44, S. 79-89.

Haefliger, C. (2003): Institutionelle grenzübergreifende Initiativen in der Euro Region Oberrhein. In: Regio Basiliensis 44, H. 2, S. 175-182.

Heller, W. (1993): Politische Grenzen und Grenzräume aus anthropogeographischer Sicht. Mit einem schematischen Überblick. In: Grenzland. Beiträge zur Geschichte der deutsch-deutschen Grenze. Quellen und Untersuchungen zur Geschichte Niedersachsens (nach 1945), Bd. 9. Hannover, S. 173-194.

Ifo Institut für Wirtschaftsförderung Dresden (Hrsg.) (2003): Analyse der Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Sachsen. Gutachten im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit. Dresden.

Jeřábek, M., J. Dokoupil, T. Havliček et al. (2004): České pohraničí – Bariéra nebo prostor zprostředkování? Praha.

Jouen, M. (2003): Picture of a „New Europe" as Portrayed by Cross-Border Cooperation Initiatives. In: Hedegaard, L., B. Lindström, P. Joenniemi, H. Eskelinen, K. Peschel u. C.- E. Stalvant (Hrsg.): The NEBI Yearbook 2003. North European and Baltic Sea Integration. Heidelberg, S. 187-204.

Jurczek, P. (1999): Praktische Konsequenzen der EU-Osterweiterung auf regionaler und kommunaler Ebene im bayerisch-sächsisch-tschechischen Grenzraum. In: Nachbarn im Haus Europa. Perspektiven der EU-Osterweiterung für die Region. Tutzinger Materialie 83, S. 61-66.

Jurczek, P. (2003): Rezeption der grenzüberschreitenden Entwicklung und Zusammenarbeit im sächsisch-böhmischen Grenzgebiet – fachwissenschaftliche Erkenntnisse und fachdidaktische Umsetzungsmöglichkeiten. Kommunal- und regionalwissenschaftliche Arbeiten online 6. Chemnitz.

Jurczek, P. (2006): Wirtschaftliche Struktur und Entwicklung im sächsisch-böhmischen Grenzgebiet – Unternehmerische Einschätzungen, Handlungsbedarfe und Aktivitäten. In: Born, K.M., T. Fichtner u. S. Krätke (Hrsg.): Chancen der EU-Osterweiterung für Ostdeutschland. ARL-Arbeitsmaterial 321. Hannover, S. 34-50.

Jurczek, P. u. B. Köppen (2002): Euroregionen auf dem Prüfstand: Die Euregio Egrensis als Beispiel. In: Jahrbuch des Föderalismus 2002. Baden-Baden, S. 489-501.

Kistenmacher, H. u. J. Saalbach (1989): Die Grenzregion Süd-/Westpfalz – Elsaß. Ein gemeinsames Entwicklungskonzept als Antwort auf die Chancen und Risiken bei der Schaffung des europäischen Binnenmarktes. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 63, H. 2, S. 361-383.

Kleefeld, K.-D. (2002): Die deutsch-dänische Grenzregion. In: Koblenzer Geographisches Kolloquium 23. Koblenz, S. 45-58.

Könönen, A. (2004): Das Zusammenwirken von Landesentwicklung und Euroregionen im deutsch-tschechischen Grenzraum. Schriften zur Raumordnung und Landesplanung 17, Augsburg/Kaiserslautern.

Köppen, B. (2000): Auswirkungen des Einkaufstourismus im nordböhmischen Grenzraum. In: Europa Regional, H. 2, S. 19-31.

Krätke, S. (1998): Regionale Integration oder fragmentierte Entwicklung? Die deutsch-polnische Grenzregion im Transformationsprozeß. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie 42, H. 2, S. 117-130.

Krätke, S., S. Heeg u. R. Stein (1997): Regionen im Umbruch. Probleme der Regionalentwicklung an den Grenzen Zwischen „Ost" und „West". Frankfurt am Main/New York.

Kremb, K. (1999): Grenzüberschreitende Kooperationsräume und EU-Fördergebiete. In: Institut für Länderkunde e. V. (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland 1. Heidelberg, S. 132 - 133.

Lehmann, Y., L. Lindner, M. Milatz, I. Obholz u. S. Thiele (2004): Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Wirtschaft in Südwestsachsen am Beispiel der Tschechischen Republik. Unveröffentlichte Projektstudie des Fachgebiets Geographie der TU Chemnitz.

Leimgruber, W. (1980): Die Grenze als Forschungsobjekt der Geographie. In: Regio Basiliensis, S. 67-78.

Liberda, E. (1996): Regionalentwicklung in Grenzregionen: Eine Euregio als Regionalentwicklungsstrategie? Das Beispiel der Inn-Salzach-Euregio an der bayerisch-oberösterreichischen Grenze. Münchner Geographische Hefte 74. Passau.

Lippert, J. (1997): Grenzüberschreitende Entwicklungskonzepte. Ein neuer Weg der bayerischen Landesplanung an der Ostgrenze der EU. Kommunal- und Regionalstudien 27. Kronach/München/Bonn.

Maier, J. (Hrsg.) (2003): Die EU-Osterweiterung auf die Tschechische Republik und ihre möglichen Auswirkungen auf das bayerische Grenzland. ARL-Arbeitsmaterial 302. Hannover.

Miosga, M. (1999): Europäische Regionalpolitik in Grenzregionen. Die Umsetzung der INTERREG-Initiative am Beispiel des nordrhein-westfälisch-niederländischen Grenzraums. Münchner Geographische Hefte 79. Passau.

Moll, P. (2004): Am Rande der „Blauen Banane“, Grenzen überwinden – Grenzen erhalten. Zum Stand der interregionalen Kooperation im Saar-LorLux-Raum. In: Tharun, E., T. Berge u. C. Langenhagen-Rohrbach (Hrsg.): Raumentwicklung und Raumplanung in Europa. Rhein-Mainische Forschungen 125, Frankfurt am Main, S. 45-72.

Müller, B., K. Kučera, M. Jeřábek u. J. Přikryl (2000): Grenzraum als Vermittlungsraum. Chancen der interkommunalen Zusammenarbeit am Beispiel von Sachsen und Böhmen. Berlin.

Prescott, J.R.V. (1975): Einführung in die politische Geographie. München.

Roch, I., H. Leimbrock, G. Arlt, J. Banse, J. Mathey u. R. Schmidt (1996): Das Sächsische Vogtland im Dreiländereck Bayern – Böhmen – Sachsen. Ansätze einer umweltverträglichen grenzübergreifenden Entwicklung. Dresden.

Reuber, P. u. G. Wolkersdorfer (2005): Politische Geographie. In.: Schenk, W. u. K. Schliephake (Hrsg.): Allgemeine Anthropogeographie. Gotha/Stuttgart, S. 631-664.

Ruppert, K. (1993): Grenzräume und grenzüberschreitende Verflechtungen. In: Europa. Neue Konturen eines Kontinents. München, S. 286-294.

Schroll-Machl, S. u. I. Nový (2000): Perfekt geplant oder genial improvisiert? Kulturunterschiede in der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit, München/Mering.

Strüver, A. (2002): Grenze/Grenzforschung. In: Brunotte, E. et al. (Hrsg.): Lexikon der Geographie 2. Heidelberg/Berlin, S. 70-73.

Strüver, A. (2005): Grenzen der Grenzüberschreitung. Deutsch-niederländische Beziehungen in ihrer Ambivalenz aus Nähe und Distanz. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 79, H.2/3, S. 277-289.

Stryjakiewicz, T. (2002): Chancen und Probleme der Entwicklung im polnisch-deutschen Grenzraum. In: Europäische Integrationsbestrebungen auf politischer und regionaler Ebene – Tschechien und Polen. Occasional Papers 26. Tübingen, S. 42-58.

Troeger-Weiss, G., M. Kraus u. K. Stech (2003): Informationen und Bewusstseinsbildung der Bevölkerung und der Wirtschaft im bayerisch-tschechischen Grenzraum. In: Die EU-Osterweiterung auf die Tschechische Republik und ihre möglichen Auswirkungen auf das bayerische Grenzland. ARL-Arbeitsmaterial 302, S. 68-106.

Trunzer, H. F. (2003): Die EU-Erweiterung – Herausforderungen für die gewerbliche Wirtschaft in den Grenzregionen. In: Die EU-Osterweiterung auf die Tschechische Republik und ihre möglichen Auswirkungen auf das bayerische Grenzland. ARL-Arbeitsmaterial 302, S. 38-44.

Wachowiak, H. (1997): Tourismus im Grenzraum. Touristische Nachfragestrukturen unter dem Einfluß von Staatsgrenzen am Beispiel der Grenzregion Deutschland – Luxemburg. Materialien zur Fremdenverkehrsgeographie 38, Trier.

Weigand, K. (1990): Drei Jahrzehnte Einkaufstourismus über die deutsch-dänische Grenze. In: Geographische Rundschau 42, H. 5, S. 286-290.

Wiederhold, L. (1991): Region südlicher Oberrhein. Anforderungen an eine deutsche Grenzregion im zusammenwachsenden Europa. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 65, H. 2, S. 401-407.

Zängel, M., E. Görtler u. A. Krauss (1996): Der Arbeitsmarkt Nordostbayerns nach der Grenzöffnung. Kommunal- und Regionalstudien 25, Kronach/München/Bonn.

Prof. Dr. habil. Peter Jurczek
Technische Universität Chemnitz
Fachgebiet Geographie
D-09107 Chemnitz
peter.jurczek@phil.tu-chemnitz.de